Die Wiener Politik und der Eurofighter

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **94 (2019)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-868428

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Wiener Politik und der Eurofighter

7L-WI und 7L-WF über den Alpen.

Bundesheer – zufrieden mit dem Jet.

Österreichs Piloten sind mit ihren 15 Eurofighter Typhoon zufrieden. Sie attestieren dem Jet, er sei den Preis wert. Warum denn geraten die Eurofighter so oft negativ in die Schlagzeilen? Die Antwort lautet: Die Wirbel sind stets politischer, nicht militärischer Natur. Sie entspringen dem unablässigen Machtkampf zwischen Links und Rechts, der Wien seit 1919 beherrscht. Es ist das stete Ringen von SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Alles beginnt 2002 mit dem Ersatz der Saab J35 Draken. Schon bei der Ausschreibung für den neuen Abfangjäger kristallisierte sicher Gegensatz heraus, der die Debatte um den Flieger seither bestimmt:

- Die SPÖ neigt traditionell den schwedischen Saab-Jets aus Linköpping zu.
- Die Bürgerlichen der ÖVP und FPÖ ziehen Airbus (früher EADS) vor.

2002: 18 Eurofighter?

Zur Typenausschreibung starteten mehrere Favoriten: Rafale, F-16, Gripen und Eurofighter. In der Endrunde war der Rafale nicht mehr vertreten. Dann schied der F-16 aus. In der Endauswahl standen sich der Gripen und der Typhoon gegenüber.

Der Eurofighter von EADS schwang in Sachen Betrieb, Operationen und Technik obenaus, während Saab die Nase bei den Finanzen vorne hatte.

Das Bundesheer entschied sich nach Konsultation der Experten für den Eurofighter, der mit Ausnahme des Finanziellen in allen Prüfgebieten gut abgeschnitten hatte. Es regierte die bürgerliche Koalition von ÖVP und FPÖ. Sie übernahm den Vorentscheid des Militärs.

Piloten wollten 30 Maschinen

Zur Anzahl der Kampfjets hatten die Flieger früh an den Alpenhauptkamm erinnert, der Österreich von Westen nach Osten durchschneidet.

Schon als die Ausschreibung lief, erhoben die Piloten das Postulat, es seien insgesamt 30 Maschinen anzuschaffen:

- Eine erste Zwölfer-Staffel sei nördlich in Linz-Hörsching zu stationieren;
- eine zweite mit ebenfalls zwölf Flugzeugen südlich in Zeltweg, auf dem gut geschützten Hauptstützpunkt;
- für Auslandeinsätze seien zusätzlich sechs Doppelsitzer zu kaufen.

Umschwung in Wien

Die bürgerliche Koalition mit dem FPÖ-Verteidigungsminister Herbert Scheibner entschied sich dann für 18 Eurofighter. Den Wunsch der Piloten, es seien 30 Flugzeuge zu beschaffen, wies die Regierung aus finanziellen Gründen zurück.

Am 1. Oktober 2006 gewann die SPÖ die Nationalratswahl – ein schlechtes Omen für den von den Sozialdemokraten wenig geliebten Eurofighter.

Der neue Verteidigungsminister Norbert Darabos hatte Zivil-, nicht Militärdienst geleistet und bekundete für das Bundesheer wenig Verständnis. Rasch nahm er mit dem damaligen Eurofighter-Hersteller EADS Gespräche auf.

Der ominöse Darabos-Deal

Die Verhandlungen mündeten in die Rückstufung, die als Darabos-Deal in die Zeitgeschichte einging:

- Österreich handelte den Kaufpreis um 370 Millionen Euro herunter, was Darabos in der wehrkritischen SPÖ als Erfolg verkaufen konnte.
- Statt der ursprünglich vorgesehenen 1,959 Milliarden Euro bezahlte Wien noch 1,589 Milliarden.
- Dafür wurde die Anzahl der Eurofighter um einen Sechstel reduziert: Das Bundesheer erhielt statt 18 nur noch 15 Maschinen.
- Zudem waren neun Apparate gebrauchte Eurofighter der Tranche 1, die die deutsche Bundesluftwaffe abstossen wollte. Nur noch sechs Maschinen waren neu.

Gravierende Nachteile

Bald traten gravierende Nachteile des Darabos-Handels an den Tag. Der Verteidigungsminister der Jahre 2007–2013 hatte auf den Selbstschutz und die Nachtkampftauglichkeit der Eurofighter verzichtet.

Ebenso wiesen die neun alten und die sechs neuen Maschinen verschiedene Avionik-Ausstattungen auf. Die gebrauchten Eurofighter aus der Bundeswehr waren intern anders konfiguriert und mussten erst auf die Erfordernisse von Österreichs Luftraumüberwachung umgerüstet werden.

Verschärft wurde der finanzielle Nachteil durch die Zusatzkosten, die die Modelle der Tranche 1 in Technik und Logistik verursachten.

Katze beisst in den Schwanz

Die 15 Eurofighter wurden von EADS zwischen dem 12. Juli 2007 (Landung des 7L-WA in Zeltweg) und dem 24. September 2009 (Ankunft des 7L-WO) korrekt ausgeliefert.

Das befähigte das Bundesheer, den Luftraum während der Fussball-EM 2008 gut zu überwachen. Doch die Kritik am

Bilder: Bundesheer

Die beiden Eurofighter 7L-WB und 7L-WF des österreichischen Bundesheeres mit einer Linienmaschine von Austrian.

Darabos-Deal sollte nicht so rasch verstummen. Ein findiger Kopf verglich die 370 Millionen Euro Minderkosten mit dem Verlust an Gesamtflugstunden durch den Flottenabbau und die alten Jäger.

Der Verlust an Kampfkraft

Er kam auf eine Einbusse von 19%, was vor Augen führte, dass Darabos keine echte Ersparnis erzielt hatte, nur militärischen Rückschritt.

Die Wiener Katze hatte sich in den Schwanz gebissen.

Doch damit nicht genug:

- Die Flieger klagten zu Recht über den Verlust an Kampfkraft, den ihnen Darabos eingebrockt hatte.
- Nachteile erwiesen sich das Fehlen des Selbstschutzes «PRAETORIAN» und des Infrarots «PIRATE» – hochwertige Systeme, von denen die Piloten anderer Luftwaffen profitieren.
- Ebenso argwöhnten (böse) politische Stimmen, es sei nicht immer alles mit rechten Dingen zu und her gegangen.

Doskozil erhebt Strafklage

Wie Berechnungen des Ministeriums ergaben, sollte die nunmehr dringend gewordene Nachrüstung der Kampfflotte rund 450 Millionen Euro Kosten – ein harter Schlag ins Kontor.

Am 26. Januar 2016 wurde Hans Peter Doskozil, eingestandener Sozialdemokrat, Verteidigungsminister. Der kämpferische Polizeichef des Burgenlandes hatte sich in der Flüchtlingskrise einen guten Namen erworben. Er löste den zurückhaltenden Gerald Klug ab, der das Amt 2013 von Darabos übernommen hatte.

Doskozil nahm die Kampfjet-Debatte neu auf. Der Herstellerfirma Airbus, der Rechtsnachfolgerin von EADS, warf er vor, sein Land sei betrogen worden. Am 16. Februar 2017 erstattete er Strafanzeige gegen das Werk.

Befehl zum Umsteigen

Jäh brach in der Politik der überkommene Gegensatz zwischen der SPÖ und den bürgerlichen Parteien ÖVP/FPÖ wieder auf. Die Sozialdemokraten liessen von ihrer Bevorzugung der Schweden nicht ab, während die Bürgerlichen tendenziell weiterhin den Eurofighter favorisierten.

Am 7.Juli 2017 schlug Doskozil hart zu: Der kostspielige Betrieb der 15 Eurofighter sei den österreichischen Steuerzahlern nicht mehr zuzumuten. Er habe deshalb dem Generalstab befohlen,

- es seien sofort die Vorbereitungen zum Umstieg auf ein anderes Flugzeug zur Hand zu nehmen;
- und der Betrieb der Eurofighter sei einzustellen, ein Ersatz zu prüfen.

SPÖ verliert die Macht

Dann aber, am 15. Oktober 2017, ereilte Doskozil das Schicksal aller seiner Parteifreunde. In der Nationalratswahl steigerte sich die von Sebastian Kurz von «Schwarz» auf «Türkis» umgefärbte ÖVP von 24 auf 31% und die FPÖ von 21 auf 26%, worauf die Bürgerlichen ihr derzeit regierendes Bündnis schlossen. Ihr Sieg hatte weniger mit dem Bundesheer als der Flüchtlingskrise von 2015 zu tun.

Abstossen oder behalten?

In den Koalitionsgesprächen fielen das Innen- und das Verteidigungsministerium an die FPÖ – ein Unikum in der Geschichte der Wiener Parteien, die die beiden «Machtinstrumente» vorher stets in die Hand *zweier* Parteien gelegt hatten.

Zu Doskozils Nachfolger wurde Mario Kunasek ernannt. Er beförderte den Panzeroffizier Robert Brieger zum Generalstabschef. Brieger wird der FPÖ zugerechnet. Er und Kunasek sahen sich mit der Alternative konfrontiert:

- Wollen wir tatsächlich, wie von Doskozil angebahnt, auf den Gripen (oder auf den F-16) umschwenken?
- Oder bleiben wir beim Eurofighter, den wir nachrüsten müssen?

Die Crux mit dem Zertifikat

Kunasek und die Bürgerlichen neigen zum Eurofighter. Doskozil wollte die 15 Jets ins Ausland abstossen. Für den Verkauf bräuchte Wien das Ja von Airbus. Dass Airbus darauf nicht gerade erpicht ist, liegt auf der Hand. Das gibt Kunasek – neben den militärischen Überlegungen, der Eurofighter ist ein valabler Kampfjet – politischen Aufwind.

Mit 113 von 183 Mandaten sitzt die ÖVP/FPÖ-Regierung bis 2022 im Sattel. So hat sie Zeit, den gordischen Kampfjet-Knoten zu zerschlagen. *ior.*